

AUSSPRACHE

Volkskapitalismus - wie er richtig sein sollte

Als Karl Marx vor über 100 Jahren sein „Kommunistisches Manifest“ verkündete, war dies wahrscheinlich in der damaligen Zeit des frühen Kapitalismus der einzig mögliche Weg, der Industriearbeiterschaft wirksam zu helfen. Es gab auf der einen Seite ein sich rasch entwickelndes und reich werdendes Unternehmertum, auf der anderen Seite eine Arbeiterschaft, die jeglichen sozialen Schutzes entbehrte und hilflos den Arbeitsbedingungen des weitaus mächtigeren Arbeitgebers ausgeliefert war. Meist kam der Arbeiter damals aus der Landwirtschaft und brachte nichts anderes mit als die Kraft seiner Hände. Hinzu kam, daß der liberale Geist jener Zeit das freie Spiel der Kräfte auch für das Arbeitsverhältnis gelten ließ; namentlich zu Zeiten wirtschaftlicher Krisen war die Arbeiterschaft in jener frühkapitalistischen Epoche geradezu dem Elend preisgegeben. Auch gab es damals noch keine wirksame allgemeine Schulpflicht, so daß die Masse der Bevölkerung des Lesens und Schreibens unkundig war. Aus alledem folgerte Marx: Schließt euch zusammen und setzt gemeinsam eure Rechte durch. Überführt das Eigentum an den Produktionsmitteln in die Hände des Staates, damit die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft verhindert wird. Nun kann man aber geteilter Meinung darüber sein, ob diese von Marx vertretene neue Gesellschaftsordnung eine Ideallösung darstellt

oder ob sie nicht vielmehr eine Notlösung war. Schließlich besagt sie doch, daß eben das gesamte Produktionsvermögen in Gemeineigentum überführt werden und demzufolge die Gesamtheit aller Menschen entsprechend arm werden soll.

Die Armut ist von den Menschen zu allen Zeiten als ein Unglück empfunden worden, und das mit Recht. Wer ein angemessenes persönliches Eigentum besitzt, ist in der Lage, den Notfällen des Lebens aus eigener Kraft entgegenzutreten. Er hat eine Reserve bei Arbeitslosigkeit und in Krankheitsfällen, er ist unabhängig vom Arbeitgeber, indem er auch aus eigenem Entschluß einmal den Arbeitsplatz wechseln kann, er kann sich selbständig machen und hat Aufstiegsmöglichkeiten für sich und seine Kinder.

Wir wissen, daß die letzten Jahrhunderte des alten Rom mitbestimmt wurden durch ein Heer von „Plebejern“, von Nichtbesitzenden, die völlig wehrlos dem Auf und Ab der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ausgeliefert waren. Wohl stellten sie als „Masse“ eine unübersehbare Größe dar. Man versprach ihnen „panem et circenses“ — Brot und Spiele —, aber der stete Wechsel zwischen Revolutionen und sozialen Maßnahmen, die die Kraft des Staates überstiegen, haben den Untergang des römischen Weltreiches beschleunigt.

Man muß sich heute fragen, ob wir uns nicht in einer ähnlichen Situation befinden. Schon im Jahre 1935 waren nur noch 600 000 Menschen vermögenssteuerpflichtig (in Gesamtdeutschland). Es gibt nur noch etwa 4 Mill. Eigenheime, die zugleich vielfach mittelständische Betriebsstätten sind (Landwirtschaft). Von 21,5 Mill. Sparbüchern lauten 12,2 Mill. auf weniger als 100 DM, und 80 vH des Spargeldes konzen-

trieren sich auf nur 3 Mill. Sparbücher, also 15 vH der Sparer. Die Zahl der Aktionäre dürfte 500 000 kaum übersteigen.

Man täuscht sich gern über den Ernst der Lage hinweg, indem man sich mit unserem hohen Lebensstandard tröstet. Aber Lebensstandard ist kein Wohlstand. Wer 1000 DM monatlich verdient und laufend ausgibt, lebt zwar gut, aber bleibt arm, und wenn die Einnahmequelle versiegt, gerät er sofort in Not.

Auf der anderen Seite sehen wir, wie im Verlauf der weiter fortschreitenden Industrialisierung immer größere Unternehmenskonzentrationen entstehen, die zugleich auch Vermögenskonzentrationen sind, sei es, daß sie der öffentlichen Hand zustehen, sei es, daß sie den wenigen noch vorhandenen großen Konzernen zustehen. Genaue Zahlen fehlen leider, weil es keine umfassende Vermögensstatistik gibt. Soweit bruchstückweise Zahlen bekannt sind, kommt man im Wege der Schätzung heute zu der Erkenntnis, daß nahezu 200 Md. DM öffentlichen Vermögens noch knapp 100 Md. DM privaten gewerblichen Kapitals gegenüberstehen*).

Wenn wir diese Feststellung im Zusammenhang sehen mit der Tatsache, daß ein immer größer werdender Teil des Volkes im Zustande der Armut und der Eigentumslosigkeit lebt, so muß man sich wirklich fragen, ob dieser Zustand ein Dauerzustand werden soll. Schließlich haben wir in den letzten 50 Jahren drei Revolutionen und zwei Kriege erlebt, wobei die Revolution von 1933 und der zweite Weltkrieg die Folge des namenlosen Elends waren, in dem 6 Millionen Arbeitslose damals seit 1929 leben mußten. Ob es zu diesen Katastrophen auch gekommen wäre, wenn damals ein größerer Teil dieser Arbeitslosen Haus und Garten oder sonstiges Eigentum besessen hätte?

*

Vergleichen wir die Situation der heutigen Arbeiterschaft mit der Situation des Jahres 1850, so erkennen wir, daß sie sich grundlegend geändert hat. Der Arbeiter ist heute gleichberechtigt, durch Gesetze, Organisationen und durch den politischen Stimmzettel vielfach gesichert. Er besitzt ein wesentlich umfassenderes Wissen als früher, das durch Aufklärung und Schulung noch bedeutend gesteigert werden könnte. Er bedarf eigentlich nur noch des Willens zum Eigentum und könnte genausogut Aktionär sein wie die anderen Menschen, die heute Aktionäre sind. So gesehen, mutet die Flucht in das Gemeineigentum als den vermeintlich einzig möglichen Weg zur Abwehr privater Kapitalmacht fast wie eine unzeitgemäße „Selbstentmündigung“ an.

In diesem Zusammenhang sei auch einmal die Frage gestellt, ob die SPD das Programm der Sozialisierung fallenläßt, wie man gelegent-

lich hört. Die Frage muß vielmehr lauten, ob es angesichts der überwiegend vollendeten Sozialisierung noch genügt, keine Sozialisierung mehr zu wollen oder ob man nicht vielmehr die Sozialisierung rückgängig machen muß.

Der „Volkskapitalismus“ ist die Überwindung sowohl des Liberalismus wie des Sozialismus. Wenn heute zwei Drittel des gewerblichen Produktionsvermögens im Besitz der öffentlichen Hand stehen, so gehören sie ideell allen Bürgern zu gleichen Teilen, nur daß diese über ihren Anteil nicht verfügen können. Gibt man ihnen Aktien als Dokument über ihren Besitzanteil, so werden sie damit wirkliche Eigentümer und des Segens des Eigentums teilhaftig, das sie immun macht gegen politische Radikalisierung, wenn die Zeiten einmal schlechter werden. Sie können sich dann aus eigener Kraft gegen ärgste Not schützen. Soweit die öffentliche Hand unrentabel arbeitet — weil sie ohne Erwerbstrieb arbeitet —, werden sich Wege finden lassen, dies zu ändern. Der Aktionär wird in Zukunft auch sein Stimmrecht wieder ausüben müssen, wozu es der Gründung von Aktionärsvereinigungen bedarf. Im Bereich der privaten Kapitalgesellschaften bedarf es der Reform der Eigentumsordnung durch breiteste Aktienstreuung, vor allem unter den Mitarbeitern. Auf diese Weise kann man zugleich das wieder ausgleichen, was im Wege der Mitarbeit am Wiederaufbau der Unternehmungen, im Wege der Finanzierung über den Preis, im Wege der steuerlichen Vergünstigungen der Siebenergruppe von der Allgemeinheit in den letzten zehn Jahren zugunsten des Wiederaufbaus der Wirtschaft an Opfern gebracht wurde.

*

Beispiel für einen „Plan zur Umwandlung des Anteils der Bürger an der Bundesbahn in Volksaktien“:

Der Wert der Bundesbahn wurde bereits vor Jahren mit 30 Mrd. DM beziffert. Sie gehört sämtlichen Bürgern der Bundesrepublik zu gleichen Teilen. Nur kann niemand über seinen Anteil verfügen, und infolgedessen hat niemand etwas davon. Der Anteil, der bei 50 Mill. Einwohnern auf jeden Bürger entfällt, beläuft sich auf 600 DM, bei einer fünfköpfigen Familie also auf 3000 DM.

Für die Ausgabe von Volksaktien der Bundesbahn wird folgender Vorschlag zur Diskussion gestellt:

1. Die Bundesbahn wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.
2. Jeder Bürger erhält in der gleichen Weise, wie 40 DM Kopfgeld am 21. Juni 1948 ausgegeben wurden, fünf Bundesbahnaktien zu je 100 DM. Die Aktien lauten auf den Namen.
3. Für sechs Monate bleiben die Aktien unveräußerlich, sind lediglich vererblich. In dieser Zeit soll jeder Gelegenheit erhalten, sich über

*) Vgl. im einzelnen: Rheinfels „Die Rückkehr zur Menschlichkeit“, Econ-Verlag, Düsseldorf 1956.

das Aktienwesen im allgemeinen und über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bundesbahn im besonderen zu informieren, sich mit anderen zu beraten, Aktionärsvereinigungen zu gründen.

4. Nach Ablauf von sechs Monaten sollen

a) diejenigen, die verkaufen wollen, dies einem Bankinstitut ihrer Wahl mitteilen, unter Angabe des Mindestpreises, den sie verlangen;

b) diejenigen, die kaufen wollen, dies ebenfalls einem Bankinstitut ihrer Wahl mitteilen, unter Bekanntgabe des Höchstpreises, den sie zahlen wollen.

Soweit auf Grund dieser Mitteilungen Verkäufe stattfinden können, sollen diese durchgeführt werden.

5. Niemand darf mehr Aktien besitzen als z. B. 50 Stück.

6. Nach Durchführung dieser Maßnahmen bleibt der Verkauf von Aktien wieder vinkuliert, aber mit der Maßgabe, daß nunmehr auf Antrag in besonderen Fällen der Verkauf genehmigt wird. Dabei ist auf einen allmählich ansteigenden Kurs zu achten.

7. Von Zeit zu Zeit muß in geeigneter Weise geprüft werden, inwieweit sich das Eigentumsdenken festigt und die Vinkulierung gelockert werden kann, z. B. mit Hilfe der Aktionärsvereinigungen.

8. Über die Rentabilität der Bundesbahn können zunächst keine Angaben gemacht werden. Wahrscheinlich ist sie zunächst noch unrentabel, aber die Herbeiführung ihrer Rentabilität muß durch Befreiung von sozialen Belastungen bzw. deren Übertragung auf den Bund sowie durch

weitere Rationalisierung nunmehr mit allen Mitteln betrieben werden.

9. Der Übergang des Stimmrechts auf die Aktionäre und dessen Regelung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, sobald erkennbar ist, daß diese mit Hilfe ihrer Vereinigungen in der Lage sind, ihr Eigentumsrecht selbst wahrzunehmen.

Sicherlich läßt sich ein solcher Plan vielfach variieren, aber er zeigt, daß die Aufgabe technisch lösbar ist. Entscheidend ist allein, ob hinter einem solchen Programm ein entschlossener politischer Wille steht. Leider ist man in den breitesten Schichten der Bevölkerung, denen der Segen einer neuen Eigentumsordnung vor allem zugute kommen soll, zu gleichgültig, um sich mit den Dingen zu beschäftigen, und erkennt daher nicht einmal die gegebenen Möglichkeiten. Man ist zu „liberal“, und es geht uns zu gut. Die anderen aber, die die Möglichkeiten erkennen, sehen sich einer Forderung gegenüber, der sie jedenfalls zunächst nur ungern stattgeben werden. Wer heute in der öffentlichen oder privaten Wirtschaft Machtpositionen ausübt, muß damit rechnen, daß grundlegende Veränderungen der Eigentumsordnung auch seine persönliche Position berühren. Man kann daher nur eines: an Gesinnung und Einsicht appellieren.

Und nun zum Schluß noch eine Frage: Wäre die Überwindung des Sozialismus und des Liberalismus durch einen Volkskapitalismus nicht auch ein Weg zu einer west-östlichen Koexistenz? Der erste Erfolg könnte dann die Wiedervereinigung sein. *Dr. Horst Rheinfels*